

Alexander Kolbow  
Fraktionsvorsitzender

Telefon: 0931 373607  
Fax: 0931 373653

[kontakt@spd-fraktion-wuerzburg.de](mailto:kontakt@spd-fraktion-wuerzburg.de)  
[www.spd-fraktion-wuerzburg.de](http://www.spd-fraktion-wuerzburg.de)

An den  
Oberbürgermeister der Stadt Würzburg  
Herrn Christian Schuchardt  
Rathaus  
97070 Würzburg

Würzburg, 14.02.2018

**Betreff: Kommunale Initiative zur Förderung der Mobilitätswende**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich, auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion, folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Die Stadt Würzburg befreit PKWs mit reinem Elektroantrieb von Parkgebühren (Nachweis durch E-Kennzeichen). Dies gilt für alle Parkplätze auf öffentlichen Verkehrsflächen, für die eine Pflicht zur Benutzung eines Parkscheines oder zur Betätigung einer Parkuhr besteht. Die Befreiung wird vom 01.01.2019 bis 31.12.2026 befristet.**
- 2. Hierzu wird die Verordnung über die Parkgebühren im Stadtgebiet geändert.**
- 3. Die Mindereinnahmen werden in den Haushalt der Stadt Würzburg in den Jahren 2019 bis 2026 eingeplant.**

**Begründung:**

Wie die Antwort der Stadtverwaltung vom 25.01.2018 (Vorlage-Nr.: 00/1000-8475/2018) auf meine schriftliche Anfrage zum Thema „Kraftfahrzeugzulassungen“ zeigt, ist die „autofreie Stadt“ ein Mythos. Von 2008 bis 2017 nahm die Zahl der in Würzburg gemeldeten Personenkraftwagen von 56.192 auf 62.416 zu. Die Zunahme der PKWs entspricht einer Steigerung von 6.224 Personenkraftwagen (= 11,08 %). Diese Entwicklung unterstreicht, dass Mobilität ein besonders wichtiger Faktor in unserer Gesellschaft ist und dass Personenkraftwagen weiter an Bedeutung zunehmen.

Ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge ist in aller Munde. Doch dies kann aufgrund der hohen Nutzerzahl nicht die Lösung des Problems sein. Die Zahl der Diesel-PKWs stieg in der Zeit von 2008 bis 2017 von 14.753 auf 22.418 PKWs. Das ist eine Steigerung um 7.665 zugelassene Fahrzeuge (= 51,96% Prozent).

Die Stadt Würzburg muss alle Möglichkeiten ergreifen, um den schädlichen Ausstoß von Personenkraftwagen zu reduzieren. Die SPD hält Verbote für den falschen Weg. Stattdessen sind der Fahrradverkehr, der öffentliche Personennahverkehr und der elektrisch angetriebene Individualverkehr bestmöglich zu fördern.

Im Bereich der Förderung des elektronisch angetriebenen Individualverkehrs hat die Stadt Würzburg noch erheblichen Nachholbedarf. Zum Stand 01.01.2017 waren hier nur 67 elektrisch angetriebene Fahrzeuge angemeldet. Derzeit gibt es keinen echten kommunalen Anreiz um auf PKWs mit Benzin- oder Dieselantrieb zu verzichten. Dabei lässt schon jetzt das „Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz - EmoG)“ eine Privilegierung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb zu. Von dieser Privilegierung macht die Stadt Würzburg bislang keinen Gebrauch.

Ein sehr starker Anreiz zur Anschaffung eines elektrisch angetriebenen Personenkraftwagens ist eine Option auf einen kostenlosen Parkplatz im Innenstadtbereich. Diesen Anreiz kann die Stadt Würzburg bei der Zahl der derzeit angemeldeten PKWs mit Elektroantrieb problemlos setzen, ohne dass dabei erhebliche Mindereinnahmen auf die Stadt Würzburg zukommen.

Ziel muss sein, dass die Stadt Würzburg eine Vorreiterrolle in der Förderung der E-Mobilität einnimmt und die Anzahl der PKWs mit Elektromotor zu einer relevanten Größe im Modal Split wird.

Alexander Kolbow  
Fraktionsvorsitzender

Hans Werner Loew  
Stellvertreter

Lore Koerber-Becker  
Stellvertreterin